

## **Beschluss**

*Der nächste Parteitag der CDU NRW möge beschließen:*

### **„Forderung nach einer effizienten Öffentlichen Verwaltungsstruktur und einer Verwaltungsstrukturreform“**

Neuordnung der Aufgaben in NRW mit dem Ziel, effektive und leistungsstarke Verwaltungsstrukturen bürgernah zu gestalten.

- ineffiziente Doppelstrukturen in der Öffentlichen Verwaltung zu identifizieren,
- ineffiziente Doppelstrukturen im Sinne der Substitution und Subsidiarität aufzulösen,
- Bewertungssysteme der Leistungsfähigkeit der Öffentlichen Verwaltung nach anerkannten betriebswirtschaftlichen Kriterien einzuführen und einzusetzen.

Der CDU NRW bittet die CDU-Landtagsfraktion, sich intensiv dieser Themen anzunehmen.

#### **Begründung:**

Für die ganze Öffentliche Verwaltung entstehen zu hohe Kosten bei zu geringem Nutzen.

Die Öffentliche Verwaltung in Nordrhein-Westfalen produziert teilweise hohe Kosten bei geringem Nutzen. Das Ziel der Öffentlichen Verwaltung muss sein, den politischen Willen der Entscheidungsgremien – Landtag, Bezirke, Städte und Landkreise, Räte – direkt in die Entscheidungen der Verwaltung einfließen zu lassen. Die wichtigste Aufgabe der Öffentlichen Verwaltung ist es, dem Bürger zu dienen. Hierzu sind kurze Wege und Transparenz unabdingbar.

In der Praxis sehen wir teilweise teure und ineffiziente Doppelstrukturen der Öffentlichen Verwaltung. Dies ist für die Öffentliche Hand teuer und führt zu Verzögerungen bei der Planung auf allen Ebenen. Für die Wirtschaft, besonders die mittelständische Wirtschaft, werden so neue Hürden für die Teilhabe am Wirtschaftsleben aufgebaut und unnötige Kosten verursacht.

In einem ersten Schritt müssen Doppelstrukturen analysiert und beschrieben werden, soweit dies nicht bekannt sein sollte.

In einem zweiten Schritt sollen die direkten und indirekten Kosten von Doppelstrukturen aufgezeigt werden. Direkte Kosten entstehen durch Gebäude und Mitarbeiter der Verwaltung. Indirekte Kosten, die wesentlich höher sein können, entstehen durch widersprüchliche Entscheidungen, sehr lange Entscheidungswege und nicht zuletzt durch Korruption auf Grund der Intransparenz.

Die desolate Haushaltssituation der Kommunen zwingt zum Umdenken. Durch die Kommunalisierung von Verwaltungsvorgängen, die in „one-stop-shop“, in Bürgerbüros und weiteren Organisationen der kurzen Wege ihren Ausdruck finden kann, wird die Verwaltung an die Bürger herangetragen, schneller und effizienter. Wir erwarten signifikante Kostenvorteile.

Verwaltung darf sich nicht der Öffentlichen Kontrolle entziehen, wie es besonders in Doppelstrukturen der Fall ist. Die Übernahme privatwirtschaftlicher Management-techniken in die öffentliche Verwaltung kann helfen, die Finanzkrise der kommunalen Haushalte zu verringern und gleichzeitig die Effizienz für Bürger und Wirtschaft zu steigern. Kurze Wege, eindeutige Strukturen und Transparenz für den Bürger sind notwendige Kriterien der Öffentlichen Verwaltung.